

Zgierzer Zeitung

№ 44.

Gazeta Zgierska

Bezugspreis		Anzeigepreis	Prenumerata	Cena ogłoszeń
Jährlich	Mark 7.20	für die Zeile . . . 60 Pf.	Rocznie . . . marek 7.20	za wiersz . . . 60 fen.
halbjährlich	" 3.60		Półrocznie . . . " 3.60	
vierteljährlich	" 1.80		Kwartalnie . . . " 1.80	
monatlich	" 0.60	Erscheint Sonnabends.	Miesiącnie . . . " 0.60	Wychodzi w soboty.

Zgierz, den 2. November 1918.

Zgierz, dnia 2 Listopada 1918 r.

Städtische Nachrichten.

Wichtig für die Hausbesitzer. Die Feuerversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit für Gebäuden hat dem Magistrat die Feuerepolice zur Aushändigung an die Hausbesitzer übergeben. Die Hausbesitzer werden daher ersucht, die Polizen unzüglich bei der hiesigen Stadtkasse abzuholen. Für die Police eine Gebühr zu entrichten.

Deutsche Selbsthilfe. Wir weisen hiermit nochmals auf die am 4 Uhr nachmittags im Saale des hiesigen evangelischen Kirchenhauses im zweiten Termin stattfindende 3 Hauptversammlung der Deutschen Selbsthilfe hin. Da wichtige Angelegenheiten erörtern sind, ist ein recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder zu erwarten.

Die Küche für die Intelligenz ist am Montag, den 28. ds. eröffnet worden. Sie erfreut sich eines guten Zuspruchs, den Beweis erbringt, dass sie vorzügliche Mittag verabreicht. Zahl der Mittagabnehmer ist dauernd im Steigen begriffen. Preis eines Mittagessens ist auf 1.80 M. festgesetzt.

Die Verwaltung des Zgierzer Elektrizitätswerkes hat sich Betriebsgründen genötigt gesehen, den Betrieb des Werkes zu schränken, sodass auch in der Strombelieferung Aenderungen eingetreten sind. Das Elektrizitätswerk wird daher bis auf weiteres nur bis 12 Uhr nachts Strom liefern.

Zgierzer Bürger-Schützengilde. Am verflossenen Sonntag der erste Unterhaltungsabend, zu dem viele Mitglieder der Schützengilde erschienen waren, statt. Dies erbringt den Beweis, welcher Beliebtheit sich die Zgierzer Bürger-Schützengilde erfreut. Die rührige Verwaltung hatte keine Kosten scheut um den Nachmittag recht angenehm zu gestalten. Wie bei allen früheren Festen, so herrschte auch diesmal eine gute Stimmung und Gesselligkeit. Der von Mitgliedern des ausgeführte Einakter „Ein Kriminalverbrechen“ fand allen Beifall und trug viel zu Heiterkeit bei. Ganz besondere Anerkennung gebührt Fräulein Stehr, welche am Klavier sowie gesanglich ganz Hervorragendes leistete. Die Lieder: „Wien, du meiner Träume, Ich frag dich täglich“ und ein Potpourri einen stürmischen Beifall aus. Gleiche Anerkennung verdienen die Gesangsvorträge von Frau Wolf und Fr. Schultz. Den stischen Teil füllte Herr Rückert mit Vorträgen, die gut aus.

Statut

über das Pflasterwesen in der Stadt Zgierz.

§ 11 der Städteordnung vom 19. Juni 1915 wird in der Beschlüsse des Magistrats vom 3. Juli und der ordnetungsversammlung vom 28. August 1918 für die Stadt mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde folgendes Orts-Statuten:

§ 1.

Kosten der Neupflasterung oder Umpflasterung einer des Erlasses dieses Statuts vorhandenen Strasse oder Wege werden in der Weise aufgebracht, dass die Stadtkasse

Wiadomości miejskie.

Ważne dla obywateli. Towarzystwo Wzajemnych Ubezpieczeń Budowli od ognia przysłało Magistratowi polisy, w celu wzięcia ich obywatelom. Uprasza się przeto obywateli, o zgłoszenie się do Kasy miejskiej po odbiór polis. Specjalnej opłaty za polisy nie pobiera się.

Niemiecka „Samopomoc“. Zaznaczamy ponownie, że w dniu dzisiejszym, o godzinie 4 po południu, odbędzie się w drugim terminie 3-cie Ogólne zebranie niemieckiej „Samopomocy“ w sali ewangelickiego domu sierot. Z przyczyny ważności obrad, oczekiwane jest liczne zgromadzenie się członków.

Kuchnia dla inteligencji uruchomiona została w dniu 28 Października roku bieżącego. Doychczasowa frekwencja osób korzystających z kuchni tej jest dowodem, że obiady są bardzo dobre. Ilość osób, które zgłaszają się po obiady stopniowo się zwiększa. Cena obiadu wynosi 1.80 M.

Zarząd Towarzystwa Akcyjnego Elektrowni Zgierskiej, z przyczyn oszczędnościowych, ograniczył czynność przedsiębiorstwa w ten sposób, że przystąpił do zmiany dostarczania prądu elektrycznego. Elektrownia dostarczać będzie narazie, do ewentualnego odwołania, prąd tylko do 12-ej godziny w nocy.

Zgierskie Towarzystwo Strzelców. W ubiegłą niedzielę odbyła się, pierwsza wieczornica, która zgromadziła liczną ilość członków i sympatyków Towarzystwa Strzeleckiego. Powyższe jest dostatecznym dowodem, jaką popularnością cieszy się Zgierskie Towarzystwo Strzelców. Sprężysty Zarząd Towarzystwa poniósł wiele kosztów i trudów, by wieczornica udała się jak najlepiej. Na dawniejszych wieczornicach, jak i na obecnej, panowała wesołość i zgoda. Odegrała przez członków Towarzystwa jednoaktówka „Kryminalne przestępstwo“ wywołała poklask publiczności. Prócz tego panna Stehr popisywała się śpiewem, akompaniując sobie jednocześnie, co było pewnego rodzaju nową atrakcją. Piosenki: Wiedeń, mých snów, Potpourri i t. d. wywołały burzę oklasków. Na uznanie zasłużyły również popisy solowe pani Wolf i panny Szulc. Bardzo udatnie wypadła część humorystyczna wypełniona przez pana Rückerta.

Statut

o brukach w mieście Zgierz.

Stosownie do § 11 Ordynacji Miejskiej z dnia 19 Czerwca 1915 r. zostaje na zasadzie uchwały Magistratu z dnia 3 Lipca i Rady Miejskiej z dnia 28 Sierpnia 1918 r. dla miasta Zgierza za zgodą Władzy Nadzorczej wydany następujący statut,

§ 1.

Koszty wybrukowania lub przebrukowania ulicy lub placu, istniejących już z czasu wydania niniejszego statutu, będą przeprowadzone w taki sposób, że Kasa Miejska bierze na siebie ko-

die Kosten für den Strassendam von der Mitte eines Rinnsteines bis zur Mitte des gegenüberliegenden Rinnsteines übernimmt, während die Kosten für die Bürgersteige den anliegenden Grundstückseigentümern zur Last fallen. Als Pflasterung gilt nicht nur Steinbelag, sondern auch jeder andere Belag z. B. Chaussierung, Holz, Asphaltbelag u. ä.

Bei Neuanlagen von Fusswegen kann den anliegenden Grundstückseigentümern aufgegeben werden, sie mit Bäumchen zu bepflanzen.

§ 2.

Unter Umpflasterung im Sinne des § 1 werden nur solche Veränderungen der Strassendecke verstanden, welche über den Rahmen einfacher Ausbesserungen hinausgehen und den Strassendam bzw. den Bürgersteig in seiner ganzen Breite zum Gegenstande haben. Eine Umpflasterung im Sinne des § 1 liegt auch dann vor, wenn die Umlegung der Strassendecke nur den Fahrdamm und nicht auch die Bürgersteige betrifft und umgekehrt.

§ 3.

Die nach § 1 von den Anliegern aufzubringenden Kosten werden unter die einzelnen Anlieger nach dem Verhältnis der Länge ihrer an die Strasse grenzenden Grundstücksfronten verteilt. Die Eigentümer von Eckgrundstücken müssen die Kosten für die Neu- oder Umpflasterung auch derjenigen Flächen übernehmen, die zwischen den verlängerten Frontlinien des Eckgrundstücks und dem Strassendamme liegt.

§ 4.

Die Kosten einer Neu- oder Umpflasterung werden vorläufig aus der Stadtkasse bestritten. Nach Beendigung und Abrechnung der Arbeit werden die nach § 1 den beteiligten Grundstückseigentümern zur Last fallenden Kosten an der Hand eines Vermessungsregisters verrechnet und durch Zustellung eines Veranlagungsschreibens von den Zahlungspflichtigen eingefordert.

§ 5.

Gegen die Veranlagung kann binnen einer Ausschlussfrist von 4 Wochen, die mit dem Tage der Zustellung des Veranlagungsschreibens beginnt, Einspruch beim Magistrat erhoben werden. Weist der Magistrat den Einspruch ganz oder teilweise zurück, so kann der Zahlungspflichtige binnen einer weiteren Frist von 4 Wochen, gerechnet vom Tage der Zustellung des zurückweisenden Bescheides ab, Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde erheben. Deren Entscheidung ist endgültig. Die Beschwerde an das Polizeipräsidium kann nur darauf gestützt werden,

a) dass die angefochtene Entscheidung durch die Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechts, insbesondere auch der Auslegung des Statuts beruht,

b) dass das Verfahren an wesentlichen Mängeln leidet.

In der Beschwerde ist anzugeben, worin die behauptete Nichtanwendung oder unrichtige Anwendung des bestehenden Rechts oder worin die behaupteten Mängel des Verfahrens gefunden werden.

§ 6.

Auf die Art der Beitreibung rückständiger Beträge zu den Pflasterungskosten finden die für Beitreibung von Steuern geltenden Vorschriften Anwendung. Im Falle des Konkurses des Zahlungspflichtigen und bei der Zwangsversteigerung seines Grundstücks geniessen die Rückstände die gleichen Vorzugsrechte wie öffentliche Abgaben.

§ 7.

Bei Neu- oder Umpflasterung einer Strasse oder eines Platzes ist jeder anliegende Hauseigentümer verpflichtet, auf Anordnung des Magistrats Beischläge oder Auftritte vor seinem Hause, die in die Strasse hineinragen, zu entfernen und Kellerlöcher entsprechend den vom Magistrat erteilten Weisungen einrichten zu lassen.

§ 8.

Die Anlieger müssen es sich gefallen lassen, dass bei einer Neu- oder Umpflasterung der ganzen Strasse oder des Bürgersteiges zur Herstellung eines guten Gefälles die Strasse oder der Bürgersteig höher oder niedriger als bisher angelegt wird. Die dadurch bedingten Änderungen an ihren Gebäuden haben die Anlieger auf ihre Kosten auszuführen.

§ 9.

Unterlässt es ein Anlieger, die vom Magistrat auf Grund des § 7 oder 8 ihm aufgegebenen Arbeiten innerhalb einer ihm gesetzten angemessenen Frist auszuführen, so ist der Magistrat berechtigt, die Arbeiten falls es im öffentlichen Interesse liegt auf Kosten des säumigen Anlegers ausführen zu lassen. Auf die Beitreibung dieser Kosten findet die Bestimmung im § 6 Satz entsprechende Anwendung.

§ 10.

Bevor der Magistrat eine Neu- oder Umpflasterung beschliesst, ist er gehalten, über die Wahl des Pflasterungsmaterials sowie über beabsichtigte Veränderungen in der Höhenlage der Strasse die beteiligten Grundeigentümer zu hören. Ueber die Anhörung ist eine Verhandlung aufzunehmen; etwa geltend gemachte Einwendungen sind darin zu vermerken.

§ 11.

Gegen Anordnungen, die der Magistrat auf Grund des § 7

szty wybrukowania lub przebrukowania toru ulicznego od środka jednego rynsztoku do środka przeciwległego (ulicy dla ruchu kołowego), zaś wybrukowanie i przebrukowanie chodnika ciąży na właścicielach przyległych posesji teje ulicy. Pod brukiem rozumie się nie tylko bruk z kamieni polnych, lecz i każdy inny, jak: szosa, bruk drewniany, asfaltowy i t. p.

Przy zakładaniu chodników polecić właścicielom zadzwonić, po uwzględnieniu warunków.

§ 2.

Pod przebrukowaniem, w myśl § 1, będą rozumiane takie zmiany pokładu ulicznego, które wychodzą po za ramę zwykłej reperatury i za przedmiot mają tor uliczny, jak również i chodnik w całej ich szerokości. Przebrukowanie, w myśl § 1, zachodzi wtenczas, jeżeli przełożenie pokładu ulicznego tyczy się tylko samego toru ulicznego, bez chodnika lub odwrotnie.

§ 3.

Koszty, podług § 1, przypadające od właścicieli przyległych posesji, pobierane będą od każdego z nich w stosunku do długości przyległej do ulicy posesji. Właściciele narożnych posesji ponoszą i koszty wybrukowania lub przebrukowania i tej powierzchni chodnika, która leży między wydłużoną linią frontu narożnej posesji i torem ulicznym.

§ 4.

Koszty ułożenia nowego bruku lub przebrukowania będą tymczasowo wydatkowane z Kasy Miejskiej. Po ukończeniu roboty i obliczenia kosztów takowej, przypadające koszty od właścicieli przyległych posesji będą rozłożone podług rejestru pomiarowego poczem każdemu z właścicieli posesji doręczonym zostanie wezwanie do wpłaty należnej podług rozkładu sumy.

§ 5.

Przeciwko rozkładowi może być założony protest do Magistratu, w ciągu czterotygodniowego terminu od daty doręczenia rozkładu. Jeżeli Magistrat odrzuci całkowicie lub w części protest to zainteresowanemu przysługuje parwo wzniesienia zażalenia do Władzy Nadzorczej w ciągu dalszego czterotygodniowego terminu licząc od daty doręczenia odmowy Magistratu. Decyzja Władzy Nadzorczej jest rozstrzygająca.

Zażalenie do Prezydium Policji może być tylko oparte, a) że skierowane do Magistratu zażalenie przez zanieostowanie się lub za niewłaściwe użycie istniejącego prawa, szczególnie nie na tłumaczenie niniejszego statutu,

b) że przebieg sprawy cierpi na istotne niedostatki. W zażaleniu trzeba podać, gdzie w podaniu znaleziono niezastosowania się lub niewłaściwe użycia istniejącego prawa lub niedostatkiprowadzenia sprawy.

§ 6.

Ściąganie pozostałych należności za koszty brukowania uskutecznia się według tych samych istniejących przepisów, co i ściąganie zwykłych podatków. W razie upadłości właściciela posesji lub przymusowej licytacji jego posesji, zaległej należności przysługuje prawo pierwszeństwa na równi z innymi podatkami.

§ 7.

Przy ułożeniu nowego bruku lub przebrukowaniu ulicy każdy właściciel przyległej posesji obowiązany na rozporządzenie Magistratu usunąć wszelkie występy przed jego domem i schody wychodzące na ulicę, a otwory piwniczne przerobić i urządzić według udzielonych przez Magistrat wskazówek.

§ 8.

Właściciele przyległych posesji muszą zgodzić się na obniżenie lub podwyższenie poziomu ulicy, jeżeli przy nowym ułożeniu bruku lub przebrukowaniu całej ulicy lub chodnika okaza się tego potrzeba dla utrzymania dobrego i należytego spadku. Koszty, wynikające z powstałych z tego powodu zmian przy budynkach przyległych posesji, ponoszą właściciele.

§ 9.

Jeżeli właściciel przyległej posesji nie wykona w ciągu oznaczonego terminu nakazane mu przez Magistrat na zasadzie § 7 lub 8 roboty, to Magistratowi przysługuje prawo kazać wykonać pomienioną robotę, gdy leży w interesie publicznym, i koszt tegoż właściciela. Dla ściągnięcia kosztów tej roboty przysługuje zastosowanie § 6 niniejszego statutu.

§ 10.

Zanim Magistrat postanowi ułożenie nowego bruku lub przebrukowanie ulicy, to przedtem winien rozważyć życzenia właściciela przyległych posesji w kwestji wyboru materiału do brukowania, jak również i co do zmian, zamierzonych odnośnie poziomu ulicy. O porozumieniu się takowem sporządza się protokół. O ewent. postawionych zarzutach winna być zrobiona odpowiednia wzmianka w protokole.

§ 11.

Przeciwko zarządzeniom, które Magistrat wydaje na zasadzie

oder 8 erlässt, steht dem Betroffenen der Einspruch zu. Auf die Behandlung des Einspruches finden die im § 5 getroffenen Bestimmungen entsprechende Anwendung.

§ 12.

Dieses Statut tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt treten alle den gleichen Gegenstand betreffenden früheren Vorschriften ausser Geltung.

Zgierz, den 31. Oktober 1918.

Der Magistrat.
v. Gerlicz.**Zwangsversteigerung.**

Am Dienstag, den 5. November, um 10. Uhr vormittags wird bei Gibralter Mendel, Zgierz, Długastrasse Nr. 9 ein grosser Kasten-Wagen meistbietend versteigert.

Zgierz, d. 2. November 1918.

Das Vollstreckungsamt.

Polizeiverordnung.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Militärgouverneur verordne ich auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Oberbefehlshabers Ost vom 22. März 1915 in Verbindung mit § 1 der Verordnung des Herrn Generalgouverneurs vom 8. September 1915 was folgt:

Die Polizeiverordnung des Kaiserlich Deutschen Polizeipräsidenten in Lodz vom 15. Dezember 1915 betr. die Nachtauseweise wird hierdurch für den Bezirk der Stadt Lodz aufgehoben. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.

Lodz, den 23. Oktober 1918.

Der Kaiserlich Deutsche Polizeipräsident
Loehrs.**Verordnung**

betreffend die Abänderung der Verordnung vom 14. 4. 1917 über die Währung im Generalgouvernement Warschau.

Art. 1.

§ 8 Satz 1 der Verordnung vom 14. 4. 1917 über die Währung im Generalgouvernement Warschau (Verordnungsblatt Nr. 69) wird dahin abgeändert, dass hinter dem Worte „auf“ einzuschalten ist: „Reichsmark oder“.

§ 8 Satz 2 dieser Verordnung wird dahin abgeändert, dass anstelle der Zahlen „3000 und 10000“ die Zahlen „1000 und 3000“ zu setzen sind.

Art. 2.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.
Warschau, den 28. September 1918.Der Generalgouverneur
v. Beseler.

Der § 8 der Verordnung über die Währung im Generalgouvernement Warschau hat nunmehr folgenden Wortlaut:

§ 8.

Auf Reichsmark oder polnische Mark lautende Geldzeichen dürfen nur mit Einwilligung der Polnischen Landes-Darlehnskasse über die Grenzen des Generalgouvernements Warschau versendet oder gebracht werden. Die Einwilligung ist nicht notwendig, sofern es sich um Beträge von höchstens 1000 polnische Mark handelt, jedoch darf innerhalb eines Kalendertages von ein und derselben Personen oder Firma der Betrag von 1000 polnische Mark und innerhalb eines Kalendermonats der Betrag von 3000 polnische Mark nicht überschritten werden.

Warschau, den 4. Oktober 1918.

Der Verwaltungschef
beim Generalgouvernement Warschau
I. V.: von Born-Fallois.**Verordnung**

über die Verwendung von Motoren-Betriebsstoffen.

1. Die Verwendung von Motoren-Betriebsstoffen, wie Benzin, Benzol, Benzol-Spiritus, Motoren-Oel und Betriebsfett darf nur für die Dienststelle und den Zweck erfolgen, für die sie angefordert sind.
2. Die Besitzer von Privatbetrieben, die Betriebsstoffe gegen Bezahlung erhalten, sind verpflichtet, die aus irgend einem Grunde für den in Aussicht genommenen Zweck nicht gebrauchten Betriebsstoffe zurückzuliefern.
3. Für Zuwiderhandlungen gelten die Bestimmungen des § 5 der Bekanntmachung des Herrn Generalgouverneurs vom 24. 5. 16 betr. Bestimmungen über Beschlagnahme usw. (vgl. Verordnungsblatt des Verwaltungschefs Nr. 15 vom 10. 6. 16).

Warschau, den 24. September 1918.

Von seiten des Generalgouvernements
Der Chef des Generalstabes
Nethe, Oberst.

§ 7 lub 8, przysługuje zainteresowanemu prawo założenia protestu. Dla przeprowadzenia protestu znajduje § 5 odpowiednie zastosowanie.

§ 12.

Statut niniejszy wchodzi w życie z dniem jego ogłoszenia. Jednocześnie z wprowadzeniem niniejszego statutu upadają wszelkie dawniejsze przepisy, wydane w tym przedmiocie.

Zgierz, dnia 31 października 1918 r.

Magistrat.
Gerlicz.**Licytacja.**

We Wtorek, dnia 5-go Listopada r. b. o godzinie 10 rano odbędzie się publiczna sprzedaż

1 dużego wozu

należącego do Gibraltera Mendla, Zgierz, ul. Długa № 9.
Zgierz, dnia 5 listopada 1918 r.

Biuro Sekwestracyjne.

Rozporządzenie policyjne

W porozumieniu z panem Gubernatorem Wojskowym rozporządza na mocy § 1 rozporządzenia p. Naczelnego Wodza na Wschodzie z dnia 22 marca 1915 r. w związku z § 1 rozporządzenia pana Generał-Gubernatora z dnia 8 września 1915 roku co następuje:

Rozporządzenie policyjne Cesarsko-Niemieckiego Prezydenta Policji w Łodzi z dnia 15 grudnia 1915 r. dotyczące przepustek nocnych niniejszym znosi się dla obwodu miasta Łodzi. Niniejsze rozporządzenie policyjne nabiera mocy z dniem jego ogłoszenia w dzienniku urzędowym.

Łódź, dnia 23 października 1918 r.

Cesarsko-Niemiecki Prezydent Policji
Loehrs.**Rozporządzenie.**

o Zmianie rozporządzenia z dnia 14 kwietnia 1917 roku, dotyczące waluty w Jenerał-Gubernatorstwie Warszawskiem.

Art. 1.

§ 8 zdanie 1 rozporządzenia z dnia 14 kwietnia 1917 r., dotyczące waluty w Jenerał-Gubernatorstwie Warszawskiem (Dz. Rozp. № 69) zmienia się o tyle, że przed słowami „marki polskie“ dopisać należy: „marki niemieckie lub“.

§ 8 zdanie 2 tegoż rozporządzenia zmienia się o tyle, że zamiast cyfr. „3000 i 10 000“ należy pisać „1000 i 3000“.

Art. 2.

Niniejsze rozporządzenie nabiera natychmiast mocy obowiązującej.

Warszawa, dnia 28 września 1918 r.

Jenerał-Gubernator
v. Beseler.

§ 8 rozporządzenia, dotyczącego waluty w Jenerał-Gubernatorstwie Warszawskiem brzmi wobec tego następująco:

§ 8.

Marki niemieckie lub marki polskie mogą jedynie za pozwoleniem Polskiej Krajowej Kasy Pożyczkowej być przesyłane lub zabierane poza granice Jenerał-Gubernatorstwa Warszawskiego. Pozwolenie jest zbyteczne, jeżeli się rozchodzi o kwoty nie wyżej 1000 marek polskich; jeenakowóz nie może jedna i ta sama osoba bądź firma w ciągu jednego dnia przekroczyć sumy 1000 marek polskich, w ciągu miesiąca kalendarzowego zaś — 3000 marek polskich.

Warszawa, dnia 4 października 1918 roku.

Szeł Administracji
przy Jenerał-Gubernatorstwie Warszawskiem
w zast. von Born Fallois.**Rozporządzenie.**

dotyczące używania materiałów pędnych do motorów.

1. Używanie materiałów pędnych do motorów jako to: benzyny, benzolu, benzol-spirylusu, oleju motorowego i tłuszczu pędnego może mieć miejsce jedynie dla tego urzędu i celu, dla których zostały zaądane.
2. Posiadacze prywatnych przedsiębiorstw, otrzymujący materiały pędne za opłatą, są obowiązani zwracać materiały pędne, które z jakiegokolwiek powodu do zamierzonego celu zostały zużyte.
3. Wykroczenia będą karane według postanowień § 5 obwieszczenia pana Jenerał-Gubernatora z dnia 24. 5. 16, dotyczącego postanowień o sekwestrze i t. d. porównaj (Dz. Rozp. Szeł Administracji № 15 z dnia 10. 6. 16).

Warszawa, dnia 24 września 1918 r.

ze strony Jenerał-Gubernatorstwa
Szeł Sztabu Jenerałnego
Nethe Pułkownik.

Bekanntmachung.

Der Deutsche Bundesrat hat folgende Verordnung erlassen, die mit der Massgabe bekannt gemacht wird, dass die ausser Kurs gesetzten Geldzeichen im Gebiete des Generalgouvernements Warschau bei den Polizei- und Kreiskassen gegen polnische Darlehenskassenscheine oder polnische Scheidemünzen eingetauscht werden können.

§ 1.

Die Fünfundzwanzigpfennigstücke aus Nickel sind einzuziehen. Sie gelten vom 1. Oktober 1918 ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Von diesem Zeitpunkt ab ist ausser den mit der Einlösung beauftragten Kassen niemand verpflichtet, die Münzen in Zahlung zu nehmen.

§ 2.

Bis zum 1. Januar 1919 werden Fünfundzwanzigpfennigstücke aus Nickel bei den Reichs- und Landeskassen zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen als auch gegen Reichsbanknoten, Reichskassenscheine oder Darlehenskassenscheine und bei Beträgen unter einer Mark gegen Bargeld umgetauscht.

§ 3.

Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch (§ 2) findet auf durchlöchernte und anders als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewichte verringerte sowie auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung.

Warschau, den 1. September 1918.

Der Verwaltungschef
beim Generalgouvernement Warschau
I. V.: Reuser.

Ögłoszenie.

Niemecka Rada Związkowa wydała następujące rozporządzenie, które podaje się do wiadomości, nadmienając że wycofane z obiegu znaki pieniężne na obszarze Jenerał-Gubernatorstwa Warszawskiego mogą być zamieniane na Polskie bilety Kasy Pożyczkowej, albo polską monetę zdawkową w kasach policyjnych i powiatowych:

§ 1.

Dwudziestofenigówki niklowe wycofuje się z obiegu. Od dnia 1 października 1918 r. nie uchodzą one więcej za środek płatniczy prawem przepisany. Od powyższego terminu nikt nie jest obowiązany do przyjmowania tych monet jako zapłaty, z wyjątkiem kas mających polecenia wymiany.

§ 2.

Dwudziestopięciofenigówki niklowe będą przyjmowane jako środek płatniczy podług ich wartości prawem przepisanej przez kasy Rzeszy i państw związkowych do dnia 1 stycznia 1919 r., jak również wymieniane na banknoty Rzeszy oraz bilety Kasy Pożyczkowej, a przy kwotach poniżej jednej marki na gotówkę.

§ 3.

Obowiązek przyjmowania oraz wymiany nie stosuje się do dziurkowanych, sfalszowanych i innych monet, z wyjątkiem tych, które przez normalny obieg straciły na wadze.

Szef Administracji
przy Jenerał-Gubernatorstwie Warszawskim
W zast. Reuser.

Ich erhielt die traurige Nachricht, dass mein inniggeliebter Bruder

ROMAN MAX EICHBAUM

an den Westfront den Heldentod gefunden hat.

Vor wenigen Wochen erst aus der russischen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, liegt er nun schon friedlich ausruhend in fremder Erde.

In tiefer Trauer Leonhard Eichbaum.

Die Gärtnerei von W. Angieleczyk

in Zgierz

empfiehlt für die Herbstsaison
Obstbäume zu mässigen Preisen.

Zakład ogrodniczy W. Angieleczyka

w Zgierz.

poleca na sezon jesienny drzewa
owocowe po cenach przystępnych.

Verschiedenes **OBST** im Engro- und Detailverkauf zu haben
im Laden von

I. KALETA & Co in Zgierz
Lenczyerstrasse 2 (Haus „Lutnia“).

OWOCE w różnych gatunkach hurtowo i detalicznie są do nabycia w sklepie

I. KALETA i S-ka w Zgierz
ul. Łęczycka № 2 (dom „Lutni“).

GEBRANTE DACHZIEGEL

250 Mk. per 1000 St.

zu haben bei

Eug. Krusche in Zgierz.

PALONA DACHÓWKA

250 marek za 1000 szt.

• do sprzedania u

Eug. Krusche w Zgierz.